



Eingangsdatum : 23/09/2015

[Klagebeantwortung]

Rechtssache C-213/15 P*

Schriftstück eingereicht von:

Königreich Schweden

Übliche Bezeichnung der Rechtssache:

Kommission/Breyer

Eingangsdatum:

5. August 2015

* Verfahrenssprache: Deutsch.

REGIERUNGSKANZLEI

5. August 2015

Außenministerium

An den Gerichtshof der

Rechtsabteilung

Europäischen Union

Klagebeantwortung

gemäß Art. 172 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs eingereicht in der

Rechtssache C-213/15 P,

vom **Königreich Schweden**, vertreten durch die stellvertretende Ministerialdirigentin [REDACTED], Außenministerium, SE-103 39 Stockholm.

Das Königreich Schweden ist damit einverstanden, dass Mitteilungen anstelle über die Postadresse des Gerichtshofs über e-Curia oder, im Fall technischer Probleme, per Telefax unter der Nummer +46 8 723 11 76 erfolgen.

Mit dem Rechtsmittel angefochtene Entscheidung

Urteil des Gerichts vom 27. Februar 2015 in der Rechtssache T-188/12, Patrick Breyer/Europäische Kommission. **[Or. 2]**

ANTRAG

- 1 Die schwedische Regierung beantragt,
 - das Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-188/12 zu bestätigen,
 - das Rechtsmittel der Europäischen Kommission zurückzuweisen und
 - der Kommission die dem Königreich Schweden im Verfahren vor dem Gerichtshof entstandenen Kosten aufzuerlegen.

BEGRÜNDUNG u. a.

- 2 Mit Nr. 1 des Tenors des angefochtenen Urteils hat das Gericht den Beschluss der Kommission vom 3. April 2012, mit dem diese es abgelehnt hat, Patrick Breyer umfassenden Zugang zu Dokumenten betreffend die von der Republik Österreich vorzunehmende Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der

Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG, sowie zu Dokumenten, die sich auf die Rechtssache beziehen, in der das Urteil vom 29. Juli 2010, Kommission/Österreich (C-189/09), ergangen ist, zu gewähren, für nichtig erklärt, soweit Patrick Breyer mit dem Beschluss der Zugang zu den von der Republik Österreich im Rahmen jener Rechtssache eingereichten Schriftsätzen verweigert wird.

- 3 Die Kommission hat in ihrer Rechtsmittelschrift beantragt, das angefochtene Urteil aufzuheben, die von Patrick Breyer erhobene Klage auf Nichtigerklärung in der Rechtssache T-188/12 abzuweisen und in der Sache, die Gegenstand des Rechtsmittelverfahrens ist, abschließend zu entscheiden.
- 4 Die Kommission stützt ihr Rechtsmittel auf den einzigen Rechtsmittelgrund, dass das Gericht Art. 15 Abs. 3 AEUV unzutreffend ausgelegt habe, da es zu dem Ergebnis gelangt sei, dass diese Vorschrift der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (im Folgenden: Transparenzverordnung) auf die in Rede stehenden Schriftsätze nicht entgegenstehe¹. **[Or. 3]**
- 5 Nach Auffassung der schwedischen Regierung ist das Urteil des Gerichts fehlerfrei und beruhen die Ausführungen der Kommission auf einer fehlerhaften Auslegung von Art. 15 Abs. 3 AEUV und seines Verhältnisses zur Transparenzverordnung.
- 6 Die Regierung hält an den Ausführungen fest, die sie in ihrem beim Gericht in der Rechtssache T-188/12 eingereichten Streithilfeschriftsatz gemacht hat. Danach beruht der Beschluss der Kommission auf einer unzutreffenden Auslegung der Transparenzverordnung im Licht von Art. 15 AEUV, die mit den Art. 2 Abs. 3 und 3 Buchst. a der Transparenzverordnung unvereinbar ist. Zwar trifft es zu, dass der Gerichtshof gemäß Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV nur dann verpflichtet ist, Zugang zu seinen Dokumenten zu gewähren, wenn er Verwaltungsaufgaben wahrnimmt. Wenn also beim Gerichtshof ein Antrag auf Zugang zu Schriftstücken gestellt würde, der seine Rechtsprechungstätigkeit beträfe, wäre die Transparenzverordnung nicht anwendbar. In der vorliegenden Rechtssache geht es aber um einen ganz anderen Sachverhalt, da sich der Antrag von Patrick Breyer auf Dokumente bezieht, die der Kommission als Partei in einem Verfahren vor dem Gerichtshof von diesem übermittelt worden sind. Da sich die Dokumente im Besitz der Kommission befinden und eindeutig mit Maßnahmen zusammenhängen, die in den Zuständigkeitsbereich der Kommission fallen, unterliegen sie gemäß Art. 2 Abs. 3 der Transparenzverordnung deren Anwendungsbereich. Art. 15 Abs. 3 AEUV steht dem nicht entgegen.

¹ Vgl. Nr. 6 der Rechtsmittelschrift der Kommission.

AUSFÜHRUNGEN

- 7 Die Rechtssache betrifft die Frage, inwieweit von einem Mitgliedstaat erstellte Dokumente, die die Kommission vom Gerichtshof erhalten hat, in den Anwendungsbereich der Transparenzrichtlinie fallen.
- 8 Wie das Gericht in Rn. 34 des angefochtenen Urteils ausführt, ist für die Beurteilung dieser Frage in einem ersten Schritt zu bestimmen, ob die in Rede stehenden Schriftsätze Dokumente darstellen, die in den Anwendungsbereich der Transparenzverordnung, wie er in deren Art. 2 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 3 definiert wird, fallen können. Danach ist gegebenenfalls in einem zweiten Schritt zu prüfen, ob nach dem Wesen dieser im Hinblick auf die prozessuale Phase eines Verfahrens zur **[Or. 4]** Feststellung einer Vertragsverletzung verfassten Schriftsätze die Anwendung der Transparenzverordnung auf einen Antrag auf Zugang zu diesen Schriftsätzen, obwohl die Voraussetzungen für die Anwendung der Verordnung, wie sie in deren Bestimmungen genannt sind, erfüllt wären, aufgrund von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV ausscheidet.
- 9 Aufgrund der Rechtsmittelbegründung der Kommission geht die schwedische Regierung davon aus, dass die Kommission nicht in Frage stellt, dass die Tatbestandsmerkmale der Art. 2 Abs. 3 und 3 Buchst. a der Transparenzverordnung als solche erfüllt sind, d. h. es ist nicht streitig, dass die fraglichen Schriftstücke sich tatsächlich bei der Kommission befinden, da die Kommission sie vom Gerichtshof erhalten hat und sie ihr vorliegen, und dass die Schriftsätze der Kommission in ihrer Eigenschaft als Partei einer beim Gerichtshof anhängigen Rechtssache übersandt wurden, so dass sie eindeutig im Zusammenhang mit Maßnahmen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission stehen.
- 10 Die Kommission rügt jedoch die Feststellung des Gerichts, wonach Art. 15 Abs. 3 AEUV einer Anwendung der Transparenzverordnung auf die fraglichen Schriftstücke nicht entgegenstehe. Nach dem Verständnis der schwedischen Regierung beruhen die Ausführungen der Kommission auf der Annahme, dass die Ausnahme des Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV von der Regel, dass die Organe grundsätzlich verpflichtet sind, Zugang zu ihren Schriftstücken zu gewähren, *sämtliche Dokumente* (Hervorhebung nur hier) umfasst, die im Zusammenhang mit der Rechtsprechungstätigkeit der Unionsgerichte stehen². Die schwedische Regierung bezeichnet diese Schriftstücke im Folgenden als „Gerichtshofsdokumente“.
- 11 Die von der Kommission für ihre Auslegung von Art. 15 Abs. 3 AEUV herangezogenen Umstände sind die ureigenen Merkmale der Rechtsprechungstätigkeit, etwa die Verfahrensautonomie des Gerichtshofs. Vergleichbare Eigenschaften hätten etwa die geldpolitische Tätigkeit der Europäischen Zentralbank, und Dokumente, die damit im Zusammenhang

² Vgl. Nr. 11 der Rechtsmittelschrift.

ständen, fielen ebenfalls unter die Ausnahme des Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV³. **[Or. 5]**

- 12 Die schwedische Regierung ist der Ansicht, dass die Kommission Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV unzutreffend auslegt. Durch die in dieser Vorschrift enthaltene den Gerichtshof betreffende Einschränkung werden nicht bestimmte Arten von Schriftstücken ausgenommen, sondern sie berücksichtigt dieses Organ und seine rechtsprechende Tätigkeit. Folglich enthält weder das Primärrecht noch die Transparenzverordnung Anhaltspunkte dafür, dass Schriftstücke – gleich welcher Art – die die Kommission erhalten hat, *per se* vom Zugangsrecht ausgenommen wären. Wie oben in Nr. 6 ausgeführt, bedeutet die Ausnahme des Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV also, dass die Transparenzverordnung nicht anwendbar wäre, wenn ein Antrag auf Zugang zu Schriftstücken, die die Rechtsprechungstätigkeit des Gerichtshofs betreffen, *beim Gerichtshof* gestellt würde. In der vorliegenden Rechtssache ist der Sachverhalt jedoch ein anderer, weil der Antrag von Patrick Breyer Schriftstücke betrifft, die die Kommission vom Gerichtshof in ihrer Eigenschaft als Partei in einer bei diesem anhängigen Rechtssache erhalten hat. Die Ausführungen der Kommission in Nr. 12 ihrer Rechtsmittelschrift dazu, wie Unionsgerichte vorgehen, wenn am Verfahren nicht beteiligte Personen Zugang zu Dokumenten beantragen, ist daher in diesem Zusammenhang irrelevant.

- 13 Für den Anwendungsbereich der Transparenzverordnung betreffende Fragen kommt es also nicht im Geringsten darauf an, woher das Dokument stammt. Sowohl die Transparenzverordnung als auch die das Recht auf Zugang zu Dokumenten betreffende Regel des Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV umfassen alle Dokumentenarten, und der Umstand, dass die Kommission die Dokumente über den Gerichtshof erhalten hat, ändert selbstverständlich nichts an der Tatsache, dass sich die Dokumente nun bei der Kommission *befinden*. Hätte der Unionsgesetzgeber eine solche janusköpfige Auslegung des Tatbestandsmerkmals „bei ihm eingegangen“ des Art. 2 Abs. 3 der Transparenzverordnung beabsichtigt, so hätte dies klar zum Ausdruck kommen müssen.

- 14 Die schwedische Regierung will im Zusammenhang mit den vorstehenden Ausführungen jedoch darauf hinweisen, dass sich aus der Anwendbarkeit der Transparenzverordnung auf die hier fraglichen Dokumente nicht automatisch ein Recht auf Zugang zu diesen ergibt. Vielmehr ist dies wie gewohnt nach den Vorschriften der Verordnung, u. a. denen betreffend die Ausnahmen vom Recht auf Zugang zu Dokumenten nach Art. 4, zu prüfen. Hierdurch kann das Gleichgewicht zwischen dem Recht auf Zugang zu **[Or. 6]** Dokumenten der Organe und dem Schutz der Rechtsprechungstätigkeit, dem der Gesetzgeber und der Gerichtshof Ausdruck verliehen haben, sichergestellt werden.

- 15 Wie das Gericht in Rn. 79 des angefochtenen Urteils feststellt, sind die von einem Organ bei den Unionsgerichten eingereichten Schriftsätze trotz ihrer Teilnahme an

³ Ebd.

der Rechtsprechungstätigkeit dieser Gerichte nicht aufgrund von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV vom Recht auf Zugang zu Dokumenten ausgeschlossen⁴. In Bezug auf die Frage, ob zwischen den eigenen Schriftstücken der Kommission und solchen zu unterscheiden ist, die von einem Mitgliedstaat stammen, machte die Kommission vor dem Gericht geltend, dass von einem Mitgliedstaat beim Gerichtshof eingereichte Schriftsätze als seine Rechtsprechungstätigkeit betreffende Dokumente des Gerichtshofs anzusehen und damit von dem nach Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV verbürgten Recht auf Zugang zu Dokumenten ausgenommen seien und stattdessen den besonderen Bestimmungen über den Zugang zu Gerichtshofsdokumenten unterlägen (vgl. Rn. 85 des angefochtenen Urteils). Weiter führte die Kommission aus, dass eine solche Unterscheidung im Übrigen auch nach der Rechtsprechung geboten sei, weil der Gerichtshof, da er sich in seinem Urteil Schweden u. a./API und Kommission⁵ nur zu den Schriftsätzen der Kommission geäußert habe, ohne die Schriftsätze eines Mitgliedstaats zu erwähnen, diese vom Anwendungsbereich der Transparenzverordnung habe ausnehmen wollen. Wie das Gericht in Rn. 87 des angefochtenen Urteils ausführt, hat die Kommission in der mündlichen Verhandlung auf eine Frage des Gerichts erläutert, dass ihre Sichtweise auf der Prämisse beruhe, dass sowohl ihre eigenen Schriftsätze als auch die eines Mitgliedstaats durch Übermittlung an den Gerichtshof zu Dokumenten des Gerichtshofs würden. Ihre eigenen Schriftsätze blieben jedoch zugleich Dokumente der Kommission und wiesen somit eine Doppelnatur auf.

- 16 In Nr. 13 der Rechtsmittelschrift kommt die Kommission auf diesen letztgenannten Aspekt zurück, wonach ein Dokument, das von einem **[Or. 7]** Organ beim Gerichtshof eingereicht werde, eine Doppelnatur aufweise. Zum einen unterfalle es dem allgemeinen Recht auf Zugang nach Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV, zum anderen falle es unter die für Gerichtshofsdokumente geltende Ausnahme nach Unterabs. 4 dieses Artikels.
- 17 Die Kommission sieht in diesem Umstand den Grund dafür, dass der Gerichtshof im Urteil API zu dem Ergebnis gelangt sei, die eigenen Schriftsätze der Kommission unterfielen dem Recht auf Zugang zu den Dokumenten der Organe im Sinne von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV und ein Zugang könne nur aufgrund der Geheimhaltungsausnahme des Art. 4 der Transparenzverordnung verweigert werden. Außerdem glaubt die Kommission, dasselbe müsse auch für von den anderen Organen oder Einrichtungen der Union eingereichte Schriftsätze gelten⁶.
- 18 Vor diesem Hintergrund ist die Kommission in Nr. 15 der Rechtsmittelschrift nach dem Verständnis der schwedischen Regierung der Auffassung, die

⁴ Vgl. die Ausführungen des Gerichts in den Rn. 74 bis 78 des angefochtenen Urteils.

⁵ Urteil des Gerichtshofs vom 21. September 2010, Schweden u. a./API und Kommission (C-514/07 P, C-528/07 P und C-532/07 P, EU:C:2010:541, im Folgenden: Urteil API, Rn. 77).

⁶ Vgl. Nr. 14 der Rechtsmittelschrift.

Ausnahme des Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV enthalte wiederum eine Rückausnahme für diejenigen Dokumente im Zusammenhang mit der Rechtsprechungstätigkeit der Unionsgerichte, die von einem Organ erstellt worden seien. Dies hätte entsprechend dem Urteil API zur Folge, dass solche Dokumente in den Anwendungsbereich der Transparenzverordnung fielen. Diese Ausnahme von der Ausnahme gelte jedoch nicht für Dokumente, die nicht von einem Organ, sondern etwa von einem Mitgliedstaat erstellt worden seien, weil solche Dokumente keine Doppelnatur hätten und daher nicht unter die Regel des Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV betreffend das Recht auf Zugang zu Dokumenten fielen⁷.

- 19 Die schwedische Regierung ist der Ansicht, dass die Kommission zu weitgehende Schlussfolgerungen aus dem Urteil API gezogen hat, die der Prüfung der vorliegenden Rechtssache nicht zugrunde gelegt werden können. Wie das Gericht in Rn. 81 des angefochtenen Urteils ausführt, macht es weder Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV noch die Tatsache, dass diese Schriftsätze von verschiedenen Urhebern stammen, noch das Wesen dieser Schriftsätze erforderlich, im Hinblick auf ihre Einbeziehung in den Anwendungsbereich des Rechts **[Or. 8]** auf Zugang zu Dokumenten zwischen den Schriftsätzen der Kommission und denen eines Mitgliedstaats zu unterscheiden. Gemäß den Ausführungen des Gerichts folgt hieraus im Übrigen, dass entgegen dem Vortrag der Kommission in der mündlichen Verhandlung Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV nicht dahin ausgelegt werden kann, dass darin in Bezug auf den Zugang zu Schriftsätzen, die für ein Gerichtsverfahren erstellt worden sind, irgendeine Urheberregel verankert wäre, nach der zwischen den von einem Organ für ein Gerichtsverfahren erstellten Schriftsätzen und den von einem Mitgliedstaat im Rahmen der prozessualen Phase eines Verfahrens zur Feststellung einer Vertragsverletzung vorgelegten Schriftsätzen zu unterscheiden wäre. Wie das Gericht darüber hinaus in Rn. 90 des angefochtenen Urteils ausführt, wurde der Gerichtshof in der mit dem Urteil API abgeschlossenen Rechtssache nicht mit der Frage des Zugangs zu der Kommission vorliegenden Schriftsätzen eines Mitgliedstaats befasst. Weil der Gerichtshof sich nur zu den bei ihm anhängig gemachten Aspekten geäußert hat, kann das Urteil API nicht als Grundlage dafür herangezogen werden, dass nur von der Kommission erstellte Schriftsätze und nicht solche, die von den Mitgliedstaaten stammen, vom Recht auf Zugang zu Dokumenten umfasst werden.
- 20 Die schwedische Regierung stimmt dem in der vorstehenden Randnummer dargestellten Standpunkt des Gerichts uneingeschränkt zu. Es besteht also kein Grund dafür, Art. 15 Abs. 3 AEUV, die Transparenzverordnung oder die Rechtsprechung so wie die Kommission auszulegen. Damit besteht auch nicht die Unvereinbarkeit zwischen Primärrecht und Sekundärrecht, die die Kommission in Nr. 17 ihrer Rechtsmittelschrift geltend macht, weil nach ihrer Ansicht Art. 2 Abs. 3 der Transparenzverordnung über das hinausgeht, was von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV gefordert werde, und der Unionsgesetzgeber durch Art. 15

⁷ Vgl. Nr. 16 der Rechtsmittelschrift.

Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV daran gehindert sei, ein Recht auf Zugang zu Gerichtshofsdokumenten vorzusehen, die nicht von einem Organ erstellt worden seien. Folglich sind Art. 15 Abs. 3 AEUV und die Transparenzverordnung durchaus miteinander vereinbar, und hätte der Unionsgesetzgeber beabsichtigt, grundsätzlich eine Ausnahme für die Rechtsprechungstätigkeit vorzusehen, wie dies die Kommission in Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV hineinliest, hätte er dies entweder im Vertrag oder in der Transparenzverordnung klar zum Ausdruck bringen müssen.

- 21 Die schwedische Regierung möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Feststellung des Gerichts, Art. 15 Abs. 3 AEUV stehe nicht der Annahme entgegen, dass die fraglichen Dokumente in den Anwendungsbereich der Transparenzverordnung fielen, weder eine Umgehung der Ausnahme des Art. 15 Abs. 3 **[Or. 9]** Unterabs. 4 AEUV darstellt noch diese Vorschrift ihrer Wirksamkeit beraubt. Vielmehr veranschaulicht die Sichtweise des Gerichts das vom Unionsgesetzgeber vorgesehene System der Transparenz und des Zugangs zu Dokumenten.
- 22 Wie das Gericht zunächst in Rn. 100 des angefochtenen Urteils ausführt, ist zwar in Bezug auf Kommissionsschriftsätze entschieden worden, dass, solange das Gerichtsverfahren anhängig ist, eine Verbreitung dieser Schriftsätze die Besonderheit dieser Dokumentenkategorie nicht beachten und darauf hinauslaufen würde, dass ein wesentlicher Teil des Gerichtsverfahrens dem Transparenzgrundsatz unterworfen würde. Dies wiederum hätte zur Folge, dass der Ausschluss des Gerichtshofs nach Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV vom Kreis derjenigen Organe, für die der Transparenzgrundsatz gilt, weitgehend seiner praktischen Wirksamkeit beraubt würde. Außerdem sehen nach der Rechtsprechung weder die Satzung des Gerichtshofs noch die Verfahrensordnungen der Unionsgerichte ein Recht auf Zugang zu den beim Gerichtshof im Rahmen von Gerichtsverfahren eingereichten Schriftsätzen vor⁸.
- 23 Weiter ergibt sich nach den Feststellungen des Gerichts aus derselben Rechtsprechung, dass diese Erwägungen allerdings nicht dazu führen, eine Anwendung der Transparenzverordnung auf einen Antrag auf Zugang zu ein Gerichtsverfahren betreffenden Schriftsätzen auszuschließen. Diese Erwägungen sind nämlich bei der Auslegung der Ausnahmeregelung zum Schutz von Gerichtsverfahren nach Art. 4 Abs. 2 zweiter Gedankenstrich der Transparenzverordnung *berücksichtigt worden* (Hervorhebung nur hier), was notwendigerweise voraussetzt, dass sie der Anwendung dieser Verordnung nicht entgegenstehen. Weiter hat das Gericht entschieden, dass im Zusammenhang mit einem Antrag auf Zugang zu Schriftsätzen eines Mitgliedstaats dieselben Erwägungen gelten⁹.

⁸ Vgl. für eine entsprechende Argumentation Urteil API, Rn. 95 und 99.

⁹ Vgl. Rn. 101 und 102 des angefochtenen Urteils sowie die dort angeführte Rechtsprechung.

- 24 Die schwedische Regierung stimmt dem Standpunkt des Gerichts uneingeschränkt zu. Dadurch, dass diese Erwägungen bei der Auslegung der Ausnahmeregelung zum Schutz von Gerichtsverfahren nach Art. 4 Abs. 2 zweiter Gedankenstrich der Transparenzverordnung berücksichtigt werden, wird nämlich das Gleichgewicht zwischen dem Recht auf Zugang zu Dokumenten der Organe und dem Schutz der **[Or. 10]** Rechtsprechungstätigkeit, dem der Gesetzgeber und der Gerichtshof Ausdruck verliehen haben, sichergestellt. Hierauf hat die schwedische Regierung oben in Nr. 14 hingewiesen und das Gericht führt dies auch in Rn. 104 des angefochtenen Urteils aus. Mit anderen Worten: eine Anwendung der Transparenzverordnung auf die in der vorliegenden Rechtssache fraglichen Dokumente steht nicht im Widerspruch zu der für Dokumente des Gerichtshofs nach Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV geltende Ausnahme und beraubt diese auch nicht ihrer Wirksamkeit.
- 25 Was schließlich den Vortrag der Kommission in Nr. 19 der Rechtsmittelschrift zur Einführung von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV durch den Vertrag von Lissabon betrifft, die eine restriktive Auslegung von Art. 2 Abs. 3 der Transparenzverordnung verlange, so beruht diese Annahme auf der von der Kommission vorgeschlagenen Auslegung des Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV, wonach alle von einem Organ erstellten Gerichtshofsdokumente vom Anwendungsbereich ausgenommen sind¹⁰. Wie die schwedische Regierung u. a. oben in Rn. 5 ausgeführt hat, hält sie diese Auslegung für falsch.
- 26 Zudem ist, wie das Gericht in Rn. 68 des angefochtenen Urteils ausführt, Art. 15 AEUV unter *Ausdehnung* (Hervorhebung nur hier) des Anwendungsbereichs des Transparenzgrundsatzes an die Stelle von Art. 255 EG, auf dessen Grundlage die Transparenzverordnung erlassen wurde, getreten. Durch den Vertrag von Lissabon wurde die Transparenz im Vergleich zu Art. 255 EG also in keiner Weise beschränkt, so dass auch aus diesem Grund kein Anlass besteht, Art. 2 Abs. 3 der Transparenzverordnung restriktiv auszulegen.
- 27 Der Standpunkt der schwedischen Regierung lässt sich dahin zusammenfassen, dass Art. 15 Abs. 3 AEUV nicht der Annahme entgegensteht, die fraglichen Dokumente fielen in den Anwendungsbereich der Transparenzverordnung, und dass das Urteil des Gerichts unter Zurückweisung des von der Kommission eingelegten Rechtsmittels zu bestätigen ist.

[Unterschrift]



¹⁰ Siehe oben Rn. 10 mit Verweis auf Nr. 11 der Rechtsmittelschrift der Kommission.